

600 Stellungnahmen und 1500 Unterschriften gegen neue B 212

Ministerium: Auswertung frühestens Anfang 2008 beendet

HANNOVER-DELMENHORST (JTS). Rund 600 Stellungnahmen und 1500 Unterschriften von Gegnern der geplanten B 212neu sind bei den zuständigen Landesbehörden eingegangen. Das bestätigte Pressesprecher Dr. Gert Hahne vom Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf dk-Anfrage.

„Eine ablehnende Haltung gegenüber der Vorzugsvariante (die Südtrasse – Anm. d. Red.) ist insbesondere in Delmenhorst festzustellen“, resü-

mierte Hahne nach Sichtung der eingegangenen Schreiben. Auch die Ablehnung der aktuellen Planungen seitens der Stadt Delmenhorst sowie der Gemeinde Ganderkesee habe das Ministerium registriert, so der Sprecher weiter.

Die Regierungsvertretung Oldenburg habe mittlerweile mit der Auswertung der Stellungnahmen begonnen. Gert Hahne: „Es zeigt sich, dass im weiteren Verfahren eine Reihe von rechtlich komplexen Fragestellungen zu bewältigen ist.“ Die Stellungnahmen der Landesbehörde für Stra-

ßenbau und Verkehr zu den einzelnen Anregungen und Bedenken werden laut Hahne nicht vor Anfang 2008 vorliegen. Einen Erörterungstermin könne es daher frühestens im Februar 2008 geben.

Zu den „rechtlich komplexen Fragen“ zählte Hahne unter anderem: Die Frage der Verträglichkeit und Zumutbarkeit der zusätzlichen Verkehrsmengen für Delmenhorst, die Diskussion um eine denkbare Umgehungsstraße und die Verträglichkeitsprüfungen nach dem Bundesnaturschutzgesetz.

Gutachten von Bäcker, nicht von Turowski

DELMENHORST (JTS). In unsere Berichterstattung zur Historie der B 212neu hieß es am vergangenen Freitag in der Chronik auf Seite 3: Die im Mai 1997 von der Interessengemeinschaft „Freies Deich- und Sandhausen“ gestellte Aufsichtsbeschwerde stützte sich auf ein Gutachten von Professor Gerd Turowski. Diese Beschwerde wurde jedoch von Joachim Bäcker, Diplom-Vermessungsingenieur und Mitglied der Interessengemeinschaft, angefertigt. Auch Professor Turowski hatte ein Gutachten erstellt, nicht aber im Auftrag der Interessengemeinschaft, sondern für die Stadt Delmenhorst. Laut Joachim Bäcker sind dessen Betrachtungen nicht in die Fachaufsichtsbeschwerde eingeflossen.

DK 31.10.2007

SEITE 4

DK 31.10.2007 Seite 1